

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 23. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
 1. Teil. Grundlagen	 1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	16
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	25
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	30
 2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	 43
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	43
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	54
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	58
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	64
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	71
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	80
 3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	 85
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	85
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	92
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	102
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	117
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	122
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	130
 4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	 141
§ 17 Erfüllung	141
§ 18 Die Aufrechnung	153
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	159
 5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	 165
1. Abschnitt. Grundlagen	165
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	165
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	172
§ 22 Die Pflichtverletzung	188
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	196
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	214
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	214
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	226
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	232
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	242
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	262
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	268
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	270
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	273

3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	278
§ 32 Allgemeines	278
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	282
§ 34 Schutzpflichtverletzung	289
§ 35 Unmöglichkeit	290
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	299
§ 36 Gläubigerverzug	299
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	306
§ 38 Vertragsstrafe	317
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	325
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	325
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	331
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	345
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	345
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	364
8. Teil. Schadensrecht	399
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	399
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	402
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	405
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	423
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	430
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	439
§ 49 Grenzfälle	445
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	458
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	471
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	471
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	482
§ 53 Der Austausch des Schuldners	505
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	512
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	527
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	527
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	532
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	534
D. Rücktritt	536
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	539
Paragrafenregister	543
Sachverzeichnis	553
Entscheidungsregister	565

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 23. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	4
1. Leistungspflichten	4
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	4
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	6
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	6
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	7
2. Schutzpflichten	7
a) Gesetzliche Regelung	7
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	9
c) Konkurrenzen	9
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	10
IV. Obliegenheiten	11
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	12
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	13
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	13
1. Grundsatz	13
2. Durchbrechungen	14
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	15
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	16
I. Das Zweite Buch des BGB	16
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	16
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	17
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	17
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	17
IV. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRModG	18
V. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	19
VI. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	20
1. EU-Richtlinien als Grundlagen des deutschen Schuldrechts	20
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	21
3. Die Grundrechte-Charta der EU	22
4. Weitere Entwicklungen	22
a) Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens	22
b) Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	22
c) Digitale-Inhalte-RL und Warenkauf-RL	22
VII. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	23
1. UN-Kaufrecht	23
2. UNIDROIT Principles	24

§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	25
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	25
II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	26
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	27
1. Allgemeines	27
2. Fallgruppen	27
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	27
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	28
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	28
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	30
I. Funktion und Bedeutung des § 242	30
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	32
1. Anwendungsbereich des § 242	32
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	33
a) Treu und Glauben	33
b) Verkehrssitte	34
III. Abgrenzungen	34
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	34
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	35
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	35
IV. Fallgruppen des § 242	35
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	36
2. Schrankenfunktion	37
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	37
b) Unverhältnismäßigkeit	37
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	38
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	38
e) Widersprüchliches Verhalten	39
f) Verwirkung	40
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	40
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	43
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	43
I. Allgemeines	43
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	44
1. Abgrenzung	44
2. Rechtspflichten und Haftung im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	45
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	45
b) Schutzpflichten	45
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	46
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	49
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	49
2. Voraussetzungen	49
3. Rechtsfolgen	50
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	50
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	51
IV. Die Draufgabe	52
1. Funktion	52
2. Abgrenzungen	53
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	54
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	54
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	54
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	54
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	55
a) Grundlagen	55
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	56
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	57
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	57

§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	58
I. Allgemeines	58
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	59
1. Schutzzweck	59
2. Anwendungsbereich des § 311b I	59
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	60
4. Divergenzfälle	61
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	61
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	62
5. Heilung des Formmangels	62
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	63
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	64
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	64
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	64
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMdG	65
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	65
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	65
2. Vertragsanbahnung	66
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	66
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	67
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	67
2. Schutz des Vermögens	67
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	67
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	69
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	71
I. Schuldverhältnis mit Schutzwirkung für Dritte	71
1. Problemstellung	71
2. Dogmatische Einordnung	72
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	73
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	73
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	73
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	75
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	75
4. Rechtsfolgen	76
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	77
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	77
2. Fallgruppen	78
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	78
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	78
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	79
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	80
I. Allgemeines	80
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	81
1. Besonderes Schuldrecht	81
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	81
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	81
c) Unerlaubte Handlungen	82
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	82
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	85
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	85
I. Parteivereinbarung	85
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	85
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	85
a) Generelle Grenzen	85
b) Verträge über das künftige Vermögen	86
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	86
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	87
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	87

1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	88
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	88
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	89
c) Bestimmung der Gegenleistung	89
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	89
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	90
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	90
b) Anfechtung der Bestimmung	91
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	91
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	91
III. Dispositives Recht	92
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	92
I. Art und Weise der Leistung	92
1. Teilleistung	92
a) Die Regelung des § 266	93
b) Rechtsfolgen	93
2. Leistung durch Dritte	93
a) Persönliche Leistungspflicht	93
b) Voraussetzungen des § 267	94
c) Rechtsfolgen	95
3. Ablösungsrecht des Dritten	95
II. Leistungsort	96
1. Begriff und Bedeutung	96
2. Arten der Schuld	97
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	97
4. Sonderregelung für Geldschulden	98
III. Leistungszeit	99
1. Begriffe	99
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	100
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	101
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	102
I. Überblick	102
II. Die Gattungsschuld	103
1. Allgemeines	103
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	104
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	104
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	104
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	105
4. Konkretisierung	105
a) Voraussetzungen	105
b) Rechtsfolgen	106
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	108
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	108
1. Wahlschuld	108
a) Praktische Bedeutung	108
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	109
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	109
d) Unmöglichkeit	110
2. Ersetzungsbefugnis	110
a) Allgemeines	110
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	111
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	111
3. Elektive Konkurrenz	112
IV. Geldschuld	113
1. Allgemeines	113
2. Erfüllung von Geldschulden	113
3. Besondere Arten der Geldschuld	114
a) Fremdwährungsschuld	114
b) Geldsortenschuld	115

4. Zinsen	115
a) Begriff	115
b) Entstehungsgründe	115
c) Höhe des Zinssatzes	116
d) Verbot des Zinseszinses	116
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	117
I. Aufwendungsersatz	117
1. Der Begriff der Aufwendung	118
2. Allgemeine Regeln	119
II. Wegnahmerecht	120
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	121
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	121
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	121
a) Pflicht zur Rechenschaft	121
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	122
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	122
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	122
1. Grundlagen	122
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	123
a) Gegenseitige Ansprüche	123
b) Konnexität der Ansprüche	123
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	123
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	124
3. Sonderfälle	125
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	125
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	125
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	126
d) Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der Corona-Krise	126
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	127
1. Grundgedanken	127
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	128
3. Rechtsfolgen	129
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	129
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	130
I. Einführung	130
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	131
III. Begriffsbestimmung	132
IV. Einbeziehungskontrolle	133
1. Allgemeine Grundsätze	133
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	133
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	134
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	134
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	135
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	136
1. Überblick	136
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	137
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	137
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	137
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	137
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	138
4. Rechtsfolgen	139
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	141
§ 17 Erfüllung	141
I. Begriff	141
II. Person des Leistenden	141
III. Empfänger der Leistung	141
IV. Wirkung der Erfüllung	143
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	143

2. Beweislastumkehr	143
3. Quittung und Schuldschein	143
4. Tilgungsreihenfolge	144
a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	144
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	144
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	145
V. Rechtsnatur der Erfüllung	146
1. Streitstand	146
2. Stellungnahme	147
VI. Leistung an Erfüllung statt	148
1. Rechtsnatur	148
2. Insbesondere: Überweisung und Lastschrift	149
3. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	150
4. Gewährleistung	152
§ 18 Die Aufrechnung	153
I. Allgemeines	153
II. Voraussetzungen	154
1. Aufrechnungslage	154
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	154
b) Gleichartigkeit der Forderungen	154
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	155
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	155
2. Aufrechnungserklärung	156
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	156
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	156
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	157
III. Wirkung der Aufrechnung	158
IV. Mehrheit von Forderungen	158
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	159
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	159
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	159
a) Hinterlegungsgründe	159
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	160
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	160
3. Selbsthilfeverkauf	161
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	162
III. Novation und Konfusion	162
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	165
1. Abschnitt. Grundlagen	165
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungenrechts	165
I. Begriff der Leistungsstörung und Ursachen	165
II. Erscheinungsformen	165
1. Verletzung von Leistungspflichten	166
a) Nichtleistung	166
b) Schlechtleistung	166
2. Verletzung von Schutzpflichten	167
III. Das Leistungsstörungenrecht vor der Reform	167
IV. Das System des geltenden Leistungsstörungenrechts	168
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	168
2. Die Grenzen des Konzepts	168
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	168
b) Das System der Schadensersatzansprüche	169
c) Das System der Rücktrittsrechte	170
V. Fazit: Das geltende Leistungsstörungenrecht als „Mischsystem“	170
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	172
I. Überblick	172
II. Echte Unmöglichkeit	172
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	172

a) Allgemeines	172
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	173
c) Zweckstörung	174
2. Rechtliche Unmöglichkeit	174
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	175
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	175
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	176
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	176
7. Zeitweilige Leistungshindernisse	176
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	178
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	178
1. Begriff	178
2. Konkretisierung des „groben Missverhältnisses“	180
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	182
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	182
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	183
1. Voraussetzungen	184
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	184
V. Rechtsfolgen	185
§ 22 Die Pflichtverletzung	188
I. Begriff der Pflichtverletzung	188
II. Verzögerung der Leistung	188
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	189
2. Nicht oder nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	190
III. Schlechtleistung	191
1. Allgemeines	191
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	192
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	192
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	192
c) Die Rechte des Käufers	193
d) Besonderheiten bei der Verjährung	194
IV. Schutzpflichtverletzung	194
V. Unmöglichkeit	195
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	195
2. Würdigung	196
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	196
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	196
I. Haftung für eigenes Verschulden	197
1. Vorsatz	197
2. Fahrlässigkeit	198
a) Allgemeines	198
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	199
3. Verantwortungsfähigkeit	200
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	201
1. Vertrag	201
2. Gesetz	202
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	204
III. Haftung ohne Verschulden	204
1. Übernahme einer Garantie	205
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	206
a) Anwendungsbereich	206
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	207
3. Geldschulden	208
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	208
1. Allgemeines	208
a) Struktur des § 278	208
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	208
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	209
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	210

a) Schuldverhältnis	210
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	210
3. Rechtsfolgen	211
V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	212
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	214
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	214
I. Systematik	214
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	216
1. Schuldverhältnis	216
2. Pflichtverletzung	217
3. Vertretenmüssen	218
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	218
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	218
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	220
4. Schaden	220
III. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	220
1. Ausgangspunkt	220
2. Notwendigkeit einer Abgrenzung der Schadenskategorien	221
3. Kriterien der Abgrenzung	221
a) Schadensphänomenologische Betrachtung	222
b) Zeitabhängige Betrachtung	222
c) Würdigung	222
4. Insbesondere: Kosten eines vorzeitigen Deckungskaufs	223
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	226
I. Anwendungsbereich	226
II. Fallgruppen	226
1. Verletzung von Schutzpflichten	226
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	227
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	227
2. Schlechtleistung	228
a) Allgemeines	228
b) Einzelfälle	229
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	231
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	232
III. Rechtsfolgen	232
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	232
I. Schuldnerverzug	232
II. Allgemeine Voraussetzungen	233
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	233
2. Mahnung	234
3. Vertretenmüssen	235
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	236
1. Leistungszeit nach dem Kalender	236
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	236
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	237
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	237
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	238
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	238
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	239
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	239
2. Weitere Rechtsfolgen	240
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	240
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	241
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	242
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	242
1. Allgemeines	242
2. Schuldverhältnis	243
3. Pflichtverletzung	243
a) Nichtleistung (Verzögerung)	243

b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	244
c) Abgrenzungsprobleme	244
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	245
a) Inhalt der Fristsetzung	245
b) Zeitpunkt der Fristsetzung	246
c) Angemessenheit der Frist	246
d) Erfolglosigkeit der Fristsetzung	247
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	247
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	247
b) Besondere Gründe	249
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	250
6. Abmahnung statt Fristsetzung	250
7. Vertretenmüssen	250
8. Schaden	251
9. Rechtsfolgen	251
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	252
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	252
c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	253
d) Berechnung des kleinen Schadensersatzes statt der Leistung	254
e) Zuwenigleistung im Kaufrecht und Werkvertragsrecht	255
f) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	256
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	256
1. Allgemeines	256
2. Grundelemente der Haftung	257
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	258
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	259
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	259
1. Allgemeines	259
2. Grundelemente der Haftung	259
3. Funktion des § 283 S. 1	260
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	260
a) Teilweise Unmöglichkeit	260
b) Irreparable Schlechtleistung	261
c) Rückforderung des Geleisteten	261
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	262
I. Allgemeines	262
II. Voraussetzungen	262
1. Wirksamer Vertrag	262
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	264
3. Vertretenmüssen	265
4. Schaden	266
III. Rechtsfolgen	266
1. Schadensersatz statt der Leistung	266
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	267
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	267
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	268
I. Differenz- und Surrogationstheorie	268
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	269
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	269
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	270
I. Problemstellung	270
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	270
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	270
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	271
1. Allgemeine Voraussetzungen	271
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	272
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	272
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	273

§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	273
I. Voraussetzungen	274
1. Schuldverhältnis	274
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	275
3. Erlangung eines Surrogats	275
4. Wirtschaftliche Identität von geschuldetem und ersetzttem Gegenstand	276
II. Rechtsfolgen	277
III. Konkurrenzen	277
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	278
§ 32 Allgemeines	278
I. Überblick	278
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	279
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	281
IV. Rücktritt und Schadensersatz	281
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	282
I. Anwendungsbereich	282
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	283
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	283
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	286
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	287
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	288
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	288
2. Annahmeverzug	288
VII. Rechtsfolgen	289
§ 34 Schutzpflichtverletzung	289
I. Voraussetzungen	289
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	290
§ 35 Unmöglichkeit	290
I. Anwendungsbereich	290
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	291
1. Grundsatz	291
2. Teilweise Unmöglichkeit	291
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	292
4. Abgrenzung	292
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	292
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	292
a) Allgemeines	292
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	293
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	294
2. Annahmeverzug	295
3. Rechtsfolgen	295
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	296
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	297
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	297
VI. Rücktritt	297
1. Irreparable Schlechtleistung	298
2. Teilweise Unmöglichkeit	298
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	298
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	299
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	299
§ 36 Gläubigerverzug	299
I. Allgemeines	299
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	300
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	300
2. Ordnungsgemäßes Angebot	300
a) Notwendigkeit des Angebots	300
b) Entbehrlichkeit des Angebots	301
3. Nichtannahme der Leistung	301
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	302

1. Fortbestand der Leistungspflicht	302
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	303
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	303
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	304
5. Sonstige Rechtsfolgen	305
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	306
I. Einführung	306
II. Anwendungsbereich	306
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	307
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	307
III. Voraussetzungen	309
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	309
2. Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	310
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	311
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	311
IV. Rechtsfolgen	313
1. Primär: „Anpassung des Vertrages“	313
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	314
V. Fallgruppen	314
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	314
a) Äquivalenzstörung	314
b) Zweckstörung oder Zweckvereitelung	316
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	316
§ 38 Vertragsstrafe	317
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	317
II. Struktur des unselbstständigen („echten“) Strafversprechens	318
III. Abgrenzungen	318
1. Selbstständiges („unechtes“) Strafversprechen	318
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	319
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	319
1. Wirksames Strafversprechen	319
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	320
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	321
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	321
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	322
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	323
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	325
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	325
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	325
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	326
1. Problemstellung	326
2. Wichtiger Grund	328
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	329
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	330
5. Konkurrenzen	330
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	331
I. Allgemeines	331
1. Voraussetzungen des Rücktritts	331
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	332
3. Wirkungen des Rücktritts	333
4. Sonderregeln	333
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	333
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	334
1. Rückgewähr in natura	334
2. Wertersatz	334
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	334
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	334
c) Verschlechterung oder Untergang	335

d) Berechnung des Wertersatzes	335
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	336
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	337
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	337
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	337
III. Nutzungen und Verwendungen	340
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	340
2. Ersatz von Verwendungen	340
a) Notwendige Verwendungen	340
b) Andere Aufwendungen	341
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	341
1. Problemstellung	341
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	342
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	342
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	342
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	342
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	345
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	345
I. Grundgedanken und Systematik	345
II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	347
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	348
1. Verpflichtung des Verbrauchers zur Zahlung eines Preises	348
2. Bereitstellung personenbezogener Daten durch den Verbraucher	349
3. Ausnahmen und Einschränkungen	349
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	350
1. Informationspflichten des Unternehmers	350
a) Telefonische Kontaktaufnahme	350
b) Informationspflichten im stationären Handel	350
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	352
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	353
1. Überblick	353
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	354
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	354
b) Widerrufsfrist und Belehrung	355
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	356
d) Widerruf nichtiger Verträge	357
e) Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	357
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	359
1. Verbundene Verträge	359
2. Widerrufsdurchgriff	361
a) Allgemeines	361
b) Zusammenhängende Verträge	362
3. Einwendungsdurchgriff	362
§ 42 Besondere Vertriebsformen, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und Verträge über digitale Produkte	364
I. Überblick	364
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	365
1. Begriff der Geschäftsräume	365
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	365
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	365
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	366
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	366
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	366
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	367
4. Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	367
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	369
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	370
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	371

1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	371
2. Ausübung des Widerrufsrechts	373
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	374
a) Frist zur Rückgewähr	374
b) Modalitäten der Rückabwicklung	374
c) Kosten der Rücksendung	375
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	375
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	377
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	379
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	380
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	380
VII. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	381
1. Allgemeine Pflichten des Unternehmers	381
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	382
3. Kündigung von Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr	383
VIII. Online-Marktplätze	383
IX. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	384
X. Verträge über digitale Produkte	384
1. Überblick	384
2. Verbraucherverträge über digitale Produkte (Anwendungsbereich)	386
3. Bereitstellung digitaler Produkte	388
a) Dogmatische Einordnung	388
b) Leistungszeit	389
c) Begriff der Bereitstellung und Zeitpunkt der Erfüllung	389
4. Rechte des Verbrauchers bei unterbliebener Bereitstellung	390
5. Haftung des Unternehmers für Produkt- und Rechtsmängel	391
a) Allgemeines	391
b) Subjektive Anforderungen	392
c) Objektive Anforderungen	392
d) Insbesondere: Aktualisierungen	393
e) Anforderungen an die Integration	393
f) Bereitstellung eines Aliud und Rechtsmangel	393
g) Die Mängelrechte des Verbrauchers	394
h) Verjährung	396
8. Teil. Schadensrecht	399
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	399
I. Die Funktion des Schadensersatzes	399
II. Der Grundsatz der Totalreparation	399
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	400
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	402
I. Begriff	402
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	402
III. Positives und negatives Interesse	404
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	405
I. Grundlagen	405
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	405
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	405
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	406
1. Äquivalenztheorie	407
a) Grundsatz	407
b) Schwächen der condicio sine qua non-Formel	407
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	408
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	408
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	409
1. Adäquanz	409
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	409
b) Kritik	409
2. Schutzzweck der Norm	411

V. Hypothetische Kausalität	413
1. Problemstellung	413
2. Schadensanlage	413
3. Ersatzpflicht eines Dritten	414
4. Die sonstigen Fälle	414
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	415
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	416
1. Schockschäden	416
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	419
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	421
VIII. Vorteilsausgleichung	421
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	423
I. Grundsatz	423
II. Ausnahmen	424
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	424
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	424
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	424
III. Abgrenzungen	425
IV. Drittschadensliquidation	425
1. Allgemeines	425
2. Fallgruppen	426
a) Obligatorische Gefahrentlastung	427
b) Mittelbare Stellvertretung	428
c) Treuhandverhältnisse	428
d) Obhut für fremde Sachen	428
e) Vertragliche Vereinbarung	429
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	430
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	430
1. Allgemeines	430
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	430
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	432
a) Sachschäden	432
b) Körperschäden	433
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	433
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	433
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	434
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	434
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	437
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	439
I. Historische Entwicklung	439
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	439
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	439
2. Rechtsgutsverletzung	439
III. Bemessung des Schmerzensgelds	441
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	441
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	442
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	443
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	443
1. Grundlagen	443
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	444
§ 49 Grenzfälle	445
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	445
1. Problemstellung	445
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	446
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	447
4. Höhe des Anspruchs	448
5. Verlust von Gebrauchsvorteilen bei gewerblich genutzten Sachen	448
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	449
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	449

IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	450
V. Urlaub und Freizeit	451
1. Problemstellung	451
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	452
3. Die Regelung des § 651n II	452
4. Nutzlos vertane Freizeit	453
VI. Kindesunterhalt als Schaden	454
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	454
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	455
VII. Leidensbehaftetes Weiterleben als Schaden	456
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	458
I. Allgemeines	458
1. Die Grundentscheidungen des § 254	458
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	458
b) Quotenteilungsprinzip	458
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	459
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	459
4. Anwendungsbereich des § 254	460
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	461
1. Überblick	461
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	461
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	461
b) Obliegenheitsverletzung	461
c) Verschulden	462
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	463
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	464
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	465
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	466
III. Rechtsfolgen	467
IV. Handeln auf eigene Gefahr	468
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	468
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	469
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	469
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	471
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	471
I. Zweck	471
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	471
III. Dogmatische Einordnung	472
1. Kein eigener Vertragstyp	472
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	472
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	473
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	474
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	474
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	475
a) Dogmatische Einordnung	475
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörrungsrechten	475
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	476
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	476
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	477
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	478
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	478
1. Anweisung	479
2. Abtretung	479
3. Stellvertretung	479
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	480
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	480
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	480
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	481

§ 52 Der Austausch des Gläubigers	482
I. Überblick	482
1. Problemstellung	482
2. Arten des Gläubigerwechsels	483
3. Anwendungsbereich der §§ 398 ff.	483
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	484
1. Struktur der Abtretung	484
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	484
3. Abgrenzungen	485
a) Vertragsübernahme	485
b) Einziehungsermächtigung	485
III. Voraussetzungen der Abtretung	486
1. Vertrag	486
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	488
3. Bestimmbarkeit der Forderung	488
4. Übertragbarkeit der Forderung	489
a) Allgemeines	489
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	489
c) Vertragliches Abtretungsverbot	491
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	492
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	492
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	493
3. Pflichten des Altgläubigers	494
V. Der Schutz des Schuldners	494
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	494
a) Der Anwendungsbereich des § 404	494
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	495
2. Einwendungen aus der Abtretung	496
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	497
a) Problemstellung	497
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	497
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	498
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	499
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	499
b) Mehrfache Abtretung	501
c) Abtretungsanzeige	501
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	502
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	503
1. Sicherungszession	503
2. Inkassozeession	504
VII. Die Legalzeession	504
§ 53 Der Austausch des Schuldners	505
I. Überblick	505
II. Die privative Schuldübernahme	505
1. Voraussetzungen	505
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	506
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	506
c) Ausschluss der Schuldübernahme	507
2. Rechtsfolgen	508
a) Wechsel des Schuldners	508
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	508
c) Einwendungen des Übernehmers	508
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	510
III. Der Schuldbeitritt	510
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	510
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	511
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	511
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	512
I. Gläubigermehrheiten	512

1. Überblick	512
2. Teilgläubigerschaft	513
a) Voraussetzungen	513
b) Rechtsfolgen	514
3. Gesamtgläubigerschaft	514
a) Voraussetzungen	514
b) Rechtsfolgen	515
4. Mitgläubigerschaft	515
II. Schuldnermehrheiten	516
1. Teilschuld	516
a) Voraussetzungen	516
b) Rechtsfolgen	517
2. Gesamtschuld	517
a) Voraussetzungen	517
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	520
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldner	521
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	523
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	525
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	527
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	527
I. Allgemeines	527
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	528
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	530
IV. Schadensersatz statt der Leistung	531
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	532
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	532
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	534
D. Rücktritt	536
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	539
Paragrafenregister	543
Sachverzeichnis	553
Entscheidungsregister	565